# LÄNDERBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**ECUADOR** 

WINFRIED WECK

26. Februar 2014

www.kas.de/ecuador

# Opposition gewinnt Bürgermeisterwahlen in den fünf größten Städten Ecuadors

Bei den Kommunal- und Provinzwahlen am 23. Februar 2014 können sich die Kandidaten der bürgerlichen Opposition in den beiden Metropolstädten Guayaquil und Quito gegenüber den Kandidaten der Regierungspartei Alianza PAÍS durchsetzen. In drei weiteren Großstädten gewinnen die Kandidaten aus Bündnissen der Mitte und der gemäßigten Linken. Auch in den Provinzen muss die Alianza PAÍS Verluste hinnehmen.

In seiner Pressekonferenz am Wahlabend stellte ein etwas gezwungen wirkender Staatspräsident Correa sinngemäß fest, verglichen mit dem Wahlausgang in der Hauptstadt Quito seien alle anderen Ergebnisse letztendlich zweitrangig. So trefflich kann nur ein Präsident formulieren, denn der überragende Wahlsieg des bürgerlichen Herausforderers Mauricio Rodas (58,42 Prozent) gegen den amtierenden Bürgermeister der Regierungshochburg Quito, Augusto Barrera (38,25 Prozent), ist das zentrale Ereignis dieser Kommunalwahlen! Die erwartete Wiederwahl des christsozialen Bürgermeisters Jaime Nebot in der Hafenmetropole Guayaquil (59,84 Prozent gegenüber der Alianza PAÍS-Kandidatin Viviana Bonilla mit 38,80 Prozent), der größten Stadt Ecuadors, wurde als Schlagzeile vom Wahlergebnis in der Hauptstadt sowie in der zweiten Hochburg der Regierungsbewegung Alianza PAÍS, der historischen Stadt Cuenca in der Hochlandprovinz Azuay, nahezu verdrängt: Dort konnten sich die Kandidaten eines lokalen Bündnisses gemäßigter Mitte-Links-Kräfte sowohl gegen den amtierenden Bürgermeister als auch gegen den ProvinzPräfekten, beide von der Alianza PAÍS, durchsetzen.

Insgesamt waren am 23. Februar etwas mehr als 11,6 Millionen Ecuadorianer aufgerufen, 23 Provinzpräfekten und deren Stellvertreter, 221 Bürgermeister, 1305 Stadtund Gemeinderäte sowie die Vorsteher von 4.079 ländlichen Gemeindeeinheiten (juntas parroquiales rurales) zu wählen. Im Gegensatz zu den extremen organisatorischen Mängeln der nationalen Wahlbehörde CNE (Consejo Nacional Electoral) bei der Vorbereitung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Februar 2013 zeichnete sich der CNE im Vorfeld und während der Durchführung dieser Wahlen durch ein professionelles Wahlmanagement aus, was auch von internationalen Beobachtern bestätigt wurde. Zwar kam es in vier Provinzen zu Unregelmäßigkeiten und örtlichen Zwischenfällen, als Sympathisanten verschiedener Gruppierungen Wahlurnen zerstörten, weil sie von einer ungerechten Behandlung ihrer jeweiligen Bewegung ausgingen, doch handelte es sich hierbei in der Tat um Einzelfälle.

Präsident Rafael Correa zeigte sich während der Pressekonferenz am Wahlabend in der Hauptgeschäftsstelle seiner Bewegung Alianza PAÍS nachdenklich und kämpferisch zugleich. Der Erfolg von Mauricio Rodas zeige, so der Präsident, dass die bisherigen Errungenschaften der Bürgerrevolution<sup>1</sup>

Konrad Adenauer Stiftung

<sup>1</sup> Die *revolución ciudadana* oder Bürgerrevolution stellt den zentralen Begriff der Regierung Correa dar und umfasst das gesamte Regie-

ECUADOR
WINFIRED WECK

26. Februar 2014

www.kas.de/ecuador

eben nicht unumkehrbar seien und jederzeit (durch reaktionäre Kräfte) revidiert werden könnten. Insofern gewann Correa dem Wahlausgang in Quito sogar den positiven Aspekt der verstärkten Motivation für die eigene Sache ab, indem er vor allem die eigenen Reihen zu noch heftigeren Anstrengungen bei der Umsetzung der Bürgerrevolution aufforderte. Zudem hielt Correa in der Bewertung des Ergebnisses in Quito nicht mit Selbstkritik zurück und sprach von Fehlern in der Wahlkampagne, die einer tieferen Analyse bedürften. In der Tat handelt es sich beim Wahlsieg von Mauricio Rodas eher um eine deutliche Wahlniederlage des bisherigen Amtsinhabers Augusto Barrera, der weder beim Volk noch beim Präsidenten in besonders hohem Ansehen steht.

Und dennoch: Mauricio Rodas' Sieg verdeutlicht, dass eine vereinte bürgerliche Mitte durchaus Chancen hat, sich gegen das übermächtige Regierungslager durchzusetzen. Der erst 38-jährige, ursprünglich aus der christsozialen Partei stammende Rodas, der als Newcomer mit seiner bürgerlichen Bewegung SUMA bei den Präsidentschaftswahlen im Februar 2013 erstmals in Erscheinung trat und dort mit 3,9 Prozent an vierter Stelle landete, konnte im November 2013 eine Übereinkunft mit den beiden anderen bürgerlichen Bewegungen erzielen, die daraufhin ihre Kandidaturen zugunsten von Rodas zurückzogen. Bei einer erfolgreichen und geschickten Amtsführung in Quito stehen Mauricio Rodas künftig alle Möglichkeiten bis hin zum höchsten Staatsamt offen.

### Wahlergebnisse und politische Trends

Obwohl die amtlichen Endergebnisse wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen, erlauben die Schnellzählungen bereits einen relativ genauen Überblick. Demnach gewinnt Alianza PAÍS neun (vorher zehn) der insgesamt 23 Provinzpräfekturen, aber nur noch zwei (vorher zehn!) der Provinzhauptstädte! Die Gewinner der Wahlen sind eindeutig die bürgerliche Bewegung SUMA von Mauricio Rodas, die als Newcomer in drei Provinzen (davon eine in Koalition mit den Christsozialen) und fünf Provinzhauptstädten siegt, sowie die am ehesten als sozialdemokratisch zu bezeichnende Bewegung Avanza<sup>2</sup> einerseits und die bürgerlichkonservative Bewegung CREO andererseits, die beide ebenfalls erstmals angetreten sind und je eine Provinz sowie drei Provinzhauptstädte für sich entscheiden konnte. Für die Amazonas-Provinz Macas liegt am Vormittag des 25. Februar noch kein Ergebnis vor. Hier gelten die Kandidaten von Alianza PAÍS und CREO als Favoriten. Allerdings konnte CREO, deren Präsidentschaftskandidat Guillermo Lasso 2013 noch 22,7 Prozent erzielte, die Erwartungen nicht erfüllen und muss die Führungsrolle als größte Oppositionskraft nun mit SUMA teilen oder gar an Rodas und seine Bewegung abgeben. Auch die christsoziale PSC verbesserte sich von zwei auf drei Provinzhauptstädte (davon Guayaquil als größte Stadt des Landes). Die populistische PSP des ehemaligen Präsidenten Lucio Gutiérrez konnte erneut zwei Provinzen, aber nur noch zwei anstatt drei Provinzhauptstädte gewinnen und zeigt damit weiter das stagnierende Bild, das sich bereits bei den Präsidentschaftswahlen 2013 abgezeichnet hatte. Die nicht mit der Regierung verbundene linke und extreme linke Opposition siegt in vier Provinzen (vorher drei), davon die indigene Partei Pachakutik in drei Amazonasprovinzen, verliert aber alle 7 Provinzhauptstädte. Zwei Provinzen und fünf Hauptstädte wurden von regionalen und lokalen Zusammenschlüssen gewonnen. Somit konnten vier (möglicherweise sogar 5) Provinzen und elf Provinzhauptstädte von den drei bürgerlichen Par-

Wie stark kommunale und regionale Wahlen von Personen und den örtlichen Gegebenheiten abhängen und eben nur bis zu einem

teien und Bewegungen gewonnen werden.

rungsprogramm, das letztendlich in eine neue Gesellschaft (-sordnung) münden soll. Obwohl sich Correa und seine Anhänger als *revolucionarios* bezeichnen, verzichten sie auf den Begriff "Sozialismus" nahezu vollständig.

<sup>2</sup> Avanza wurde 2012 vom ehemaligen Direktor des Sozialsicherungssystems IESS, Ramiro González, gegründet, und ist eher der Regierung als der Opposition verbunden.

ECUADOR
WINFIRED WECK

26. Februar 2014

www.kas.de/ecuador

bestimmten Grad nationale Entwicklungen reflektieren, zeigt das Ergebnis der Hauptstadtprovinz Pichincha, in der der Alianza PAÍS-Kandidat Gustavo Baroja mit 59,2 Prozent (und damit mit 0,5 Prozent mehr als der Hauptstadtgewinner Rodas) triumphierte, obwohl in Quito allein mehr als drei Viertel aller Wahlberechtigten der Provinz Pichincha leben.

## Im Vorfeld: Chef der Nationalen Wahlbehörde kritisiert Staatspräsident Correa

Aufgrund der sich teils überraschend abzeichnenden positiven Umfrageergebnisse für Kandidaten der Opposition in verschiedenen Provinzen und Städten erhielten die Kommunal- und Provinzwahlen für die Regierung Correa den Charakter von Testwahlen. Sie sollten zeigen, in welcher Höhe die Zustimmung zu Correas immer stärker werdendem radikal-autoritärem Kurs insbesondere seit seinem klaren Wahlsieg bei den Präsidentschaft- und Parlamentswahlen genau vor einem Jahr ausfallen würde. Dies erklärt auch den kostenintensiven und alle anderen Parteien in den Schatten stellenden Aufwand, mit dem die regierende Alianza PAÍS für ihre Kandidaten warb. Hierbei kamen weniger die klassischen Werbeinstrumente wie Wahlplakate oder Flyer zum Einsatz als vielmehr viele mit den grünen Parteitrikots bekleidete Menschen (ob es sich hierbei in der Mehrheit um aktive Mitglieder oder eher um bezahlte Kurzzeitangestellte handelte, ist nicht belegbar), die an allen Straßenkreuzungen mit Fahnen die Omnipräsenz der Regierungspartei manifestier-

An diesen Aktivitäten beteiligte sich auch Staatspräsident Correa in einer solch umfangreichen Weise, dass sich sogar der ansonsten ausgesprochen regierungstreue und ideologiesichere Chef der nationalen Wahlbehörde CNE, Domingo Paredes, in der Woche vor den Wahlen zu öffentlicher Kritik am Verhalten des Präsidenten hinreißen ließ<sup>3</sup>

3 Art. 276 des *Código de la Democracia* genannten Wahlgesetzes sieht vor, dass keine mit einem Staatsamt in Verbindung stehenden öffentlichen Mittel und Vorteile (z.B. Dienstwa-

und diesen aufforderte, die am Wahlvortag geplante sabatina abzusagen4. In einem Interview mit der in Quito erscheinenden Tageszeitung El Comercio stellte Paredes fest, Correa habe die bereits vorangegangenen sabatinas zu Wahlwerbezwecken benutzt und damit gegen geltendes Recht verstoßen. Zudem kritisierte er den Präsidenten dahingehend, dass dieser zu Wahlkampfzeiten gerne mal übers Ziel hinausschieße und seine Führungsrolle als Präsident ausübe. Correa reagierte tags darauf relativ entspannt auf die Kritik des CNE-Chefs und stellte lapidar fest, er würde auf die sabatina schon verzichten, wenn Paredes auch sicherstellen würde, dass die von den oppositionellen Medien verbreiteten Lügen ebenfalls unterbunden würden. Zudem zeigte sich Correa unbeeindruckt von der Regelung im Código de la Democracia, der zufolge 48 Stunden vor Öffnung der Wahllokale jegliche Wahlwerbung und Kampagnenaktivitäten eingestellt werden müssen, und entschied, die sabatina am 22. Februar 2014 wie geplant abzuhalten. Für politische Beobachter überraschend waren sowohl die Kritik des CNE-Chefs am Präsidenten an sich und deren Zeitpunkt kurz vor den Wahlen sowie dessen uncholerische Reaktion, da Correa dafür bekannt ist, insbesondere auf Kritik an seiner Person und Amtsführung ausgesprochen ungnädig und harsch zu reagieren. Sollte hier möglicherweise nur die Unabhängigkeit der Wahlbehörde von Regierungsweisungen demonstriert werden?

gen oder -elektronik) zu parteipolitischen und Wahlzwecken genutzt werden dürfen. Um sich am Wahlkampf zu beteiligen, müssen sich der Präsident und auch alle anderen Regierungsmitglieder von ihren Staatsämtern beurlauben lassen

4 Correa übernahm bei seinem Amtsantritt die in lateinamerikanisch-sozialistischen Kreisen äußerst populäre Tradition der populistischen Samstag-Vormittag-Veranstaltungen, an denen der Präsident öffentlich mehrere Stunden lang und unter aktiver Einbeziehung der anwesenden und in der Regel linientreuen Zuhörer über die Ereignisse der vergangenen und der kommenden Woche spricht.

ECUADOR
WINFIRED WECK

26. Februar 2014

www.kas.de/ecuador

Zeitgleich mit dem Schlagabtausch zwischen Correa und Paredes veröffentlichte die regierungskritische Tageszeitung hoy eine Berechnung, wonach Correa während der etwa sechswöchigen Wahlkampfphase insgesamt 361 Minuten lang seine Auftritte in verschiedenen Medien als Staatspräsident zur Wahlwerbung für seine Bewegung Alianza PAÍS und deren Kandidaten genutzt habe. <sup>5</sup> Es drängt sich die Frage auf: Warum handelt ein Präsident so, der diese durchaus restriktiven Regulierungen selbst eingeführt hat, um sich eben bewusst von der sog. "Partidocracia" (die korrupte Herrschaft der traditionellen Parteien) abzusetzen?

## Regierungschef zeigt Nerven, wenn es um Quito geht

Der in den letzten Tagen vor dem Wahltermin als immer sicherer erscheinende Wahlsieg von Mauricio Rodas in Quito führte beim Staatspräsidenten zu Reaktionen, die deutlich machten, dass bestimmte politische Entwicklungen sogar diese sich so unangreifbar wähnende Regierung zu nervösen Reaktionen verleiten. So erklärte Präsident Correa wenige Tage vor der Wahl, ein Sieg von Rodas würde eine "schwerwiegende Periode der Unregierbarkeit, wenn nicht sogar eine Destabilisierung hervorrufen, denn trotz der großen Unterstützung in der Bevölkerung könnte diese Stimmung durch eine gute Lüge der Medien schnell umschlagen".6 Und in der Tat scheinen die Demonstrationen in Venezuela, aber auch in der Ukraine Ängste bei der "linksprogressiven" Regierung Ecuadors zu schüren, die diese dazu verleiten, vor allem die Geschehnisse in Venezuela als eine Verschwörung der "Internationalen Rechten" zu brandmarken. Allen voran erklärte Präsident Correa gegenüber dem Rundfunksender

5 Hoy vom 19.2.2014, S. 3: Correa usó 361 minutos en los medios en campaña.

RTS, dass die (internationale) Rechte alles versuche, die Erfolge der progressiven Regierungen in der Region zu torpedieren. Die gewalttätigen Demonstrationen in der bolivarianischen Bruderrepublik (Venezuela) könnten, so Correa, durchaus auch auf Ecuador und Bolivien in Form "weicher Staatsstreiche" übergreifen, die nicht mehr durch Militäreinsätze, sondern durch Wirtschaftsboykotts und die Manipulation von Information ausgeführt würden. Alles bisher Erreichte könnte damit zerstört werden.<sup>7</sup> Diese deutliche Panikmache richtete sich so kurz vor den Wahlen klar an die eigene Fangemeinde in Ecuador. Diese sollte wachgerüttelt und zum Urnengang mobilisiert werden. Möglicherweise hat sie aber gerade auch oppositionell Denkende zum Urnengang motiviert, wie die Ergebnisse in Quito und Cuenca vermuten lassen. Zudem ist die ecuadorianische Regierung in der eigenen Gegenwartsgeschichte durchaus bewandert und weiß daher, dass in Quitos winkeliger Altstadt mit seinem relativ kleinen Hauptplatz, an dem sich neben der Kathedrale auch der Regierungssitz des Staatspräsidenten befindet, 20.000 Menschen genügen, um einen Staatsstreich herbeizuführen<sup>8</sup>. Die Vorstellung, Quito befände sich in Händen der Opposition, war daher ein Albtraum für Staatspräsident Correa, dessen wahr gewordener Realität er sich nun stellen muss.

# Auswirkungen der Wahlen auf die künftige politische Entwicklung

Wie geht es nun weiter in Ecuador? Oder in anderen Worten: Wie wird Staatspräsident Correa auf die neue politische Situation reagieren, und wie wird Bürgermeister Rodas agieren? Denn nachdem Correa selbst die Problematik eines oppositionellen Bürgermeisters in Quito thematisiert und ohne Not eine Gebrauchsanweisung zum weiteren Vorgehen der Opposition vorformuliert hat, muss er damit rechnen, dass die Opposition

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Interview in Radio América vom 17.2.2014, http://americaestereo.com/?page\_id=111: "Empezaría un periodo muy serio de ingobernabilidad, no sé si destabilización, porque tenemos un gran apoyo popular, pero eso puede cambiar de la noche al al maniana con una buena mentira de los medios", zitiert nach: http://www.eluniverso.com/noticias/2014/02/1 7/nota/2201156.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> El Ciudadano.gob.ec vom 19.2.2014: Presidente advierte un posible "golpe blando".

So geschehen bei der Absetzung der Staatspräsidenten Bucaram 1997, Mahuad 2000 und Gutiérrez 2005.

**ECUADOR**WINFIRED WECK

26. Februar 2014

www.kas.de/ecuador

im Ernstfall auch danach handelt. Konkret muss sich Correa fragen, ob er auch weiterhin ohne jegliche Rücksicht auf die Opposition die Zielvorgaben seiner revolución ciudadana umsetzen kann, ohne dabei organisierte Proteste in Quito, Guayaquil und anderen großen Städten des Landes zu provozieren. Rodas wiederum wird gut daran tun, sich erst einmal im neuen Amt einzuleben und darin eine gute Figur zu machen, ohne dabei gleich die Konfrontation mit der nationalen Regierung und dem Staatspräsidenten zu provozieren. Seine weitere politische Zukunft wird nicht zuletzt von seinen integrativen Fähigkeiten hinsichtlich einer Vereinigung des bürgerlichen Lagers im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2017 abhängen.